



Während der jährlichen Pilgerfahrt Hajj reisen jeweils um die zwei Millionen Moslems nach Mekka in Saudi-Arabien. Auf dem Innenhof der grossen Moschee der Stadt umkreisen sie die schwarze Kaaba, das höchste Heiligtum des Islams.

Bild: epa/Jamal Nasrallah

Die Debatte um das Kalifat des sogenannten Islamischen Staates (IS) wird zwischen zwei Extremen geführt. Das eine besagt: Der IS hat nichts mit dem Islam zu tun - er ist unislamisch. Das andere besagt: Der IS in seinem Terror gegen Andersgläubige ist der Islam. Beide Positionen sind falsch. Ein Plädoyer für Differenzierung.

Wie viel Islam ist im Islamischen Staat?

WALTER BREHM

Eine Meinung zum Islam hat heute fast jeder - unabhängig vom Wissen über die zweitgrösste Weltreligion. Die Debatte über den Islam wird seit dem 11. September 2001 und neu belebt seit der Ausrufung des Kalifats durch die Jihad-Organisation Islamischer Staat im Sommer dieses Jahres vor allem als Debatte um den Jihad-Terror geführt. Diese Debatte wird weder den 1,7 Milliarden Moslems weltweit gerecht, noch der berechtigten Sorge sowohl in der arabischen als auch in der westlichen Welt gegenüber einem menschenverachtenden Terror.

Eine Debatte darüber, was der Islam ist und was nicht, setzt zweierlei voraus: Moslems und Muslimas müssen Verantwortung dafür übernehmen, was im Namen ihrer Religion gesagt, geschrieben und getan wird. Viele Islamkritiker müssen sich von der be-

quemen Zitierung einzelner Koranzitate verabschieden, mit denen sie unter Auslassung anderslautender Zitate die Gewalttätigkeit und Inhumanität des Islams zu beweisen versuchen.

In der Wortkläuberei übernehmen Islamkritiker oft die gleiche ahistorische Lesart des Islams, derer sich auch die islamistischen Extremisten bedienen. Lesen letztere den Koran als «unredigiertes Wort Gottes» und somit Wort für Wort einzige Wahrheit verkündend, weisen Islamkritiker gerne ebenfalls in wortgetreuer Lesung des heiligen Buches des Islams darauf hin, dass Gewalt und Unterdrückung das Wesen dieser Religion sei.

Es gibt nicht den Islam

Tatsache ist: Es gibt nicht *den Islam*. Der Koran selber weist darauf hin, dass Inhalt und Form der Offenbarung des Propheten Mohammed in ihrem historischen Kontext gelesen werden sollten. Mohammed begann seine Verkündung in der Stadt Mekka im heutigen

Saudi-Arabien wo er 570 nach Christus geboren wurde. Ab 622 nach Christus setzte der Prophet seine Offenbarung über insgesamt 23 Jahre in der Stadt Medina fort, nach dem die Mekkaner ihn und seine ersten Anhänger aus Mekka vertrieben hatten.

Spiritualität und Gesetzgebung

Die Koransuren, die Mohammed in Mekka verkündet hatte, sind von einer poetischen, spirituellen Sprache getragen. Ihre Inhalte sind ähnlich wie im frühen Christentum von der Thematik eines nahenden Weltenendes und eines jüngsten Gerichtes geprägt. Sie rufen die Menschen eindringlich zur Umkehr und zur Hinwendung an *den einen Gott* auf. Tonalität und Inhalt der Koransuren, die Mohammed in Medina empfangen hat, sind eine andere. Es sind vor allem gesetzgeberische und normative Texte. Die Sprache dieser Suren ist weniger poetisch, oft stark formelhaft. Sie sind länger, transportieren komplexe Inhalte in oft verschach-

telten Sätzen. Sie künden vom Leben in einer sich neu konstituierenden (staatlichen) Gemeinschaft - notwendig, bis in ferner Zeit das jüngste Gericht über die Menschen komme.

Gottes Wort und Menschenwort

Moderne Islamisten berufen sich vor allem auf die medizinischen Suren, auf die (staatliche) Urgemeinschaft des Islams, die wiederbelebt werden müsse. Sie berufen sich also auf eine Zeit, in welcher sich der junge Islam, um sich ausbreiten zu können, von anderen Lebens- und Religionsgemeinschaften (Poly-Theisten, Juden und Christen), aber auch traditionellen Herrschaftsformen abgrenzen musste.

Der Koran kann also einerseits als «Gottes Wort» aufgefasst werden, aber in weiten Teilen eben auch als weltliche Rede, um mit Gewalt und Gesetzen einen eigenen Staat aufzubauen. Jihadisten und letztlich auch viele Islamkritiker stützen sich vor allem auf nur 17 Verse in den 114 Koransuren, in

denen zu Mord, Totschlag, Körperverletzung und Krieg aufgerufen wird.

Kein Zwang in der Religion

Indem daran festgehalten wird, dass der Koran als Ganzes «Gottes Wort» sei, dass Buchstabe für Buchstabe zu befolgen sei, werden auch die historisch-politischen Formulierungen als religiöses Gesetz verstanden - ohne auf Widersprüche mit anderen Textstellen einzugehen, die eben nur im historischen Kontext aufzulösen wären.

Wer aber diese historische Lesart des Korans verwirft, der macht den Islam tatsächlich zu einer Religion der Beliebbarkeit, aus der alles und auch das Gegenteil belegt und legitimiert werden kann. Ein Beispiel: Im 256. Vers der zweiten Koransure heisst es: «Es gibt kein Zwang in der Religion.» Islamisten und Jihad-Terroristen lesen diesen Vers so, dass Allah klarstelle, dass kein Moslem zum Islam gezwungen werden dürfe, sich vom Islam loszusagen. Islamische Reformtheologen hingegen nutzen den

Vers, um zu belegen, dass der Islam gegenüber anderen Religionen unbeschränkt tolerant sei. Sie lassen weg, dass derselbe Vers auch sagt: «Gott ist der Freund derer, die glauben. Die führt er aus der Finsternis ins Licht. Doch die, die nicht glauben, werden Bewohner des Höllenfeuers sein, darin sie ewig bleiben.»

Fanatiker nutzen Widersprüche

Solche Widersprüche sind es vor allem, aus denen religiöse Fanatiker, Jihadisten und Salafisten die Legitimation ihres gewalttätigen Islams ableiten. Aber wo sie es für nötig halten, sind es die Buch-Getreuen, die den Koran wörtlich vor sich her tragen, die ihn skrupellos interpretieren. «Kein Gläubiger darf einen Gläubigen töten», heisst es in Vers 92 der vierten Sure. Da aber der Jihad-Terror bis heute vor allem Terror gegen Moslems ist, die sich einer rigiden Lesart des Korans verweigern oder einer anderen als der salafistischen Rechtsschule angehören,

werden diese von den Jihadisten kurzerhand zu Ungläubigen erklärt und wird deren Tötung religiös legitimiert.

Historische Lesart des Korans

Der Terror der Jihadisten und Salafisten ist vor allem ein Terror gegen alle Moslems, die nicht ihrer Rechtslehre folgen. Und das Bekenntnis von Millionen friedliebender Moslems, nichts mit diesem Terror zu tun zu haben, ist nicht anzuzweifeln. Aber das Urteil, die Jihadisten hätten nichts mit dem Islam zu tun, ist und bleibt eine Schutzbehauptung, solange der Koran als Ganzes und ohne den historischen Kontext seiner Inhalte als «unredigiertes Wort Gottes» akzeptiert wird. Damit wird der Koran nicht geheiligt, sondern zum Text-Baukasten religiös verbrämter Gewaltideologie herabgewürdigt.

Die bisher als religiöse Substanz des Islams geltende Worttreue gegenüber dem Koran kann nicht von aussen, sondern muss aus der Gemeinschaft der Moslems in Frage gestellt werden.

Unlimitiertes Wachstum auf begrenztem Raum ist nicht möglich - wie viel Wachstum sein soll, ist vor allem eine politische Frage.

Ecopop und das demographische Dilemma der Schweiz

SILVANO MOECKLI

Die Schweiz steckt in einem demographischen Dilemma: Wird die Zuwanderung gebremst, stehen die ökonomische Prosperität und die finanzielle Solidität der Sozialwerke auf dem Spiel. Wächst die Bevölkerung durch Zuwanderung wie bisher um ein Prozent jährlich, dann sind die natürlichen Lebensgrundlagen des Landes gefährdet. Dabei geht es nicht um die Zuwanderung an sich, sondern um die Dosis. Niemand kann die Folgen und Nebenwirkungen einer «gewählten Dosis» genau vorhersagen. Aber man kann mögliche Szenarien aufzeigen.

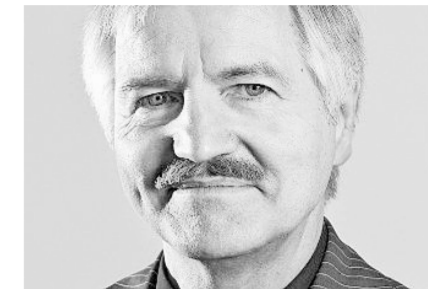
Seit Jahrzehnten in Diskussion

Wie viele Menschen könnten in der Schweiz leben? Singapur hat eine Fläche von 716 km² und 5,4 Millionen Einwohner, also 7541 pro km². Von den 41 285 km² der Schweiz sind etwa 18 000 km² zur Besiedelung geeignet. Bei gleicher Bevölkerungsdichte wie Singapur hätten also 136 Millionen Einwohner Platz. Das wäre die grösste Megastadt der Welt. So viele Einwohner wird die Schweiz aber nie haben, weil auf dem Weg dorthin ihre Attraktivität als Zielland rasch abnehmen würde.

1937 wurde an der Generalversammlung der Schweizerischen Gesellschaft für Statistik und Volkswirtschaft in Langenbruck die Frage diskutiert, ob die Schweiz vier Millionen Menschen verkraften könne. Ein gewisser Max Weber - vermutlich der spätere Bundesrat - meinte: «Ich halte die These allerdings für unrichtig, dass wir die vier Millionen nicht ernähren können. Die Schweiz könnte meines Erachtens 4,4 bis 5 Millionen Menschen ernähren. Eine andere Frage ist die, ob das zu wünschen ist.» Diese Antwort ist auch heute richtig.

Positive Folgen unbestritten

Die Frage ist also, was man will. Immer mehr Wohlstand (und Einwohner) oder die Beschränkung der Einwohnerzahl, des Wohlstandes und des Ressourcenverzehrs? Nun sind die Anschauungen und Interessen verschieden. Nicht alle profitieren von der Zuwanderung, und nicht alle tragen in gleicher Weise die unerwünschten Ne-



Silvano Moeckli ist Autor des Buches «Demographischer Kollaps? Was die Schweiz und die Welt erwartet», Rüegger-Verlag 2011

benfolgen der Zuwanderung. Künftige Generationen können sich nicht dagegen wehren. Die Frage muss zwangsläufig durch einen Mehrheitsentscheid jener, die heute stimmberechtigt sind, beantwortet werden.

Die positiven Folgen der anhaltenden Zuwanderung sind weitgehend unbestritten und stellen sich sofort ein. Wirtschaftliche Prosperität ist bei einer wachsenden Bevölkerung leichter zu erzielen. Die Zuwanderer erbringen nicht nur die für eine älter werdende Gesellschaft notwendigen Dienstleistungen, sie füllen auch die Kassen der Sozialversicherungen. Die Beiträge der neuen Zuwanderer begründen natürlich auch Leistungsansprüche, wenn sie selbst dereinst alt, invalid oder krank sein sollten. Wie erfüllt man diese? Ganz einfach, durch neue Zuwanderung! Also verfügt man hier über eine Art Perpetuum mobile. Da die «neuen Zuwanderer» höhere Bildungsabschlüsse haben und somit auch höhere Löhne beziehen, zahlen sie auch mehr Steuern und Abgaben als die Zuwanderer der ersten beiden Wellen aus Südeuropa und dem Westbalkan.

Höherer Umweltkonsum

Schon im 20. Jahrhundert hat sich die Bevölkerung der Schweiz mehr als verdoppelt, von 3,3 Millionen auf 7,3 Millionen. Das reale Bruttoinlandsprodukt ist heute neunmal höher als vor 90 Jahren. Der Wohlstand ist stärker gewachsen als die Bevölkerung. Dies war nicht ohne unerwünschte Nebenfolgen zu haben: Zersiedelung, wachsender Landverbrauch, höherer Energiever-

brauch, mehr Verkehr, höhere Dichte, Kosten, Umweltbelastung, Verstädterung, Abwehrhaltung gegen Ausländer. Die «neuen Zuwanderer» sind zwar wegen ihrer besseren Qualifikation wirtschaftlich sehr erwünscht, aber sie verschärfen die unerwünschten Nebenfolgen des Wirtschaftswachstums. Dank der höheren Einkommen haben sie einen höheren Umweltkonsum: grössere Wohnungen bzw. Häuser, mehr Autos, mehr Reisen, mehr Konsumgüter.

Es kommt eben sowohl bei der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit wie auch beim Umweltkonsum nicht auf die Zahl der Köpfe an, sondern darauf, was in diesen Köpfen bzw. im Portemonnaie drin steckt. Insofern stimmt es nicht, dass es für die Umwelt keine Rolle spielt, wo die Menschen leben.

Wissenschaft hat keine Antwort

Auf einem fixen Raum mit begrenzten Ressourcen kann es kein unlimitiertes Wachstum geben - das gilt weltweit wie auch für die Schweiz. Die Bewohner der Schweiz leben auf Kosten künftiger Generationen und von Weltregionen, welche einen kleineren ökologischen Fussabdruck haben. Mit zunehmender Einwohnerzahl nehmen die ohnehin schon beträchtlichen Abhängigkeiten vom Ausland und die sicherheitspolitischen Risiken weiter zu. Die Souveränität wird dadurch faktisch viel stärker eingeschränkt als durch Staatsverträge. Es macht einen Unterschied, ob es in einem grossen Staat dichtbesiedelte Regionen gibt, oder ob der ganze Staat eine hohe Bevölkerungsdichte aufweist. Auch wird das Zusammenleben von mehr Menschen auf dem gleichen Territorium stärker reguliert werden müssen.

Der wirtschaftliche und politische Erfolg der Schweiz hat zum demographischen Dilemma geführt. Die Frage, wie die Schweiz auch in Zukunft erfolgreich und attraktiv bleibt, kann nicht «wissenschaftlich» beantwortet werden. Das muss auf politischem Weg geschehen. Glücklicherweise gibt es in freier Selbstbestimmung auf direktdemokratischem Weg tun kann. Der wichtige Diskurs über den richtigen Weg wird am 30. November 2014 nicht abgeschlossen sein.



Wirtschaftliche Prosperität ist bei einer wachsenden Bevölkerung leichter zu erzielen.

Bild: fotolia